

V0869/23

Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung
(Referent: Herr Fleckinger)

Antrag:

1. Der Bericht zur aktuellen Haushaltsentwicklung für die Jahre 2024 ff. wird bekanntgegeben.
2. Angesichts der finanziellen Entwicklungen beauftragt der Stadtrat die Verwaltung und die städtischen Tochterunternehmen mit der Aufstellung eines Konzeptes zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung, das auch Kürzungen bei Defizitausgleichen für städtische Tochterunternehmen berücksichtigt.

Als **strategische Ziele** werden festgesetzt:

- 2.1. Der Verwaltungshaushalt ist in den Jahren 2024 – 2027 zu den aktuell vorliegenden Mittelanmeldungen der Referate für den Haushaltsplanentwurf 2024 in der Gesamtsumme um 100,0 Mio. Euro zu entlasten.
 - 2.2. Davon sollen bereits im Haushalt 2024 kurzfristig 10,0 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt eingespart werden.
 - 2.3. Die maximale Nettoneuverschuldung für die Haushaltsjahre 2024 - 2027 wird auf 350,0 Mio. Euro gedeckelt.
3. Der Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 28 KommHV-K für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 10 % für die in der Anlage genannten Gruppierungen des Verwaltungshaushalts und in Höhe von 25 % für die in der Anlage benannten Gruppierungen des Vermögenshaushalts wird gem. § 29 Abs. 1 KommHV-K bekanntgegeben.
 4. Beschlussvorlagen der Verwaltung sind künftig stets um einen Finanzierungsvorschlag zu ergänzen. Anträge der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Wählergruppen, die zusätzliche Finanzmittel erfordern, sollen vorab um eine finanzielle Bewertung der Verwaltung ergänzt und ggf. mit einem Finanzierungsvorschlag hinterlegt werden.
 5. Bei investiven Maßnahmen ist besonderes Augenmerk auf die zu erwartenden Folgekosten und deren Darstellung zu legen. Die Auswirkungen auf die Finanzplanung sind stets mit zu beleuchten und zu dokumentieren.
 6. Die Finanz- und Haushaltsplanungen werden regelmäßig aktualisiert und der Stadtrat über wesentliche Veränderungen sowie ggf. Schritte der Nachsteuerung informiert.

| | | |
|---|------------|--------------|
| Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit | 10.10.2023 | Vorberatung |
| Stadtrat | 17.10.2023 | Entscheidung |

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.10.2023

Herr Fleckinger geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die aktuell vorliegenden Planungsdaten zum Haushalt 2024 und die Finanzplanung bis 2027 ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die ausführliche Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Weiter verweist er auf den vorliegenden Verwaltungsantrag eines Grundsatzbeschlusses zur Haushaltskonsolidierung. Neben den heute vorgestellten Zahlenwerken sei bereits auch den Medien zu entnehmen gewesen, dass sich die Finanzsituation der Stadt deutlich verdüstere. Zur Folie drei merkt er an, dass im Vergleich zur Planung im Dezember 2022 des Haushalts 2023 und der mittelfristigen Finanzplanung deutliche Reduzierungen bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen seien. Die Folie vier verweist auf die Finanzkraft der Stadt, bzw. des städtischen Haushalts zur Finanzierung der Investitionen im Vermögenshaushalt. Auch hier seien deutliche Veränderungen gegenüber den ursprünglichen Planungen im Dezember 2022 zu verzeichnen. Herr Fleckinger merkt an, dass der Verwaltungshaushalt nach den vorliegenden und bekannten Zahlen nicht mehr ausgleichbar sei. Es sei keine Zuführung mehr vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt zur Finanzierung der Investitionen möglich. Hier sei das Gegenteil der Fall. Es müssen entsprechende Rücklagen, bzw. Entnahmen vorgenommen werden, um den Verwaltungshaushalt überhaupt noch ausgleichen zu können. Herr Fleckinger betont, dass diese Unterfinanzierung des Verwaltungshaushalts für den gesamten mittelfristigen Planungszeitraum zutreffe. Dies bedeute, dass in jedem Jahr aus dem Vermögenshaushalt Zuführungen in den Verwaltungshaushalt vorgenommen werden müssten, um überhaupt im Verwaltungshaushalt die Ausgaben finanzieren zu können. Herr Fleckinger verweist auf die aktuellen Rücklagen von rund 140 Mio. Euro, die im Rahmen des prognostizierten positiven Jahresabschlusses 2023 auf etwas über 190 Mio. Euro ansteigen. Diese werden in den Folgejahren zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts vollständig eingesetzt. Entgegen der bisherigen Finanzplanung werde bereits im Jahr 2024 eine Kreditaufnahme eingeplant. Grundsätzlich sei eine Kreditaufnahme nur zulässig, soweit keine ausreichenden Rücklagenmittel oder sonstige Finanzmittel wie Zuführungen aus dem Verwaltungshaushalt zur Deckung der Investition zur Verfügung stehen. Durch diese Variante der flexiblen Haushaltsführung könne man zwei Jahre aus den Rücklagen den Verwaltungshaushalt finanzieren bzw. ausgleichen.

Zu den Investitionen im Vermögenshaushalt erläutert Herr Fleckinger, dass bis zum Jahr 2026 aufgrund der vorliegenden gemeldeten erforderlichen Investitionen zur bisherigen Planung höhere Kreditaufnahmen von knapp 136 Mio. Euro anfielen. Auf Folie fünf sei die Entwicklung der nächsten Jahre erkennbar. Wie bereits dargestellt, rechnet Herr Fleckinger im Jahr 23 bei gleichbleibendem Haushaltsfortgang mit rund 53 Mio. Euro Überschuss, welche den Rücklagen zugeführt werden können. Nur unter dieser Voraussetzung können die Rücklagen für die nächsten Jahre auch so ausgeschüttet werden. Die Folie sechs zeige als Folge des geplanten Investitionsprogramms die daraus resultierende Verschuldung auf. Nach derzeitigem Plan liege man bei etwa 335 Mio. Euro Kreditaufnahme.

Die Folie sieben zeige die Voraussetzungen eines genehmigungsfähigen Haushalts. Heute gehe es um den Haushalt 2024 und den der Folgejahre. Die Kommunalhaushaltsverordnung schreibe vor, dass die Zuführung zum Vermögenshaushalt aus dem Verwaltungshaushalt so hoch sein müsse, dass mindestens die ordentliche Tilgung von Krediten hieraus gedeckt werden könne und jeder Haushaltsteil ausgeglichen sei. Dies sei nach der bisherigen

Zahlenarithmetik nicht zu schaffen, so Herr Fleckinger. Weiter verweist er auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune. Diese Prüfung sei ein Kriterium bei der Haushaltsprüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, ob der kommunale Haushalt in der Mittelfristplanung seine Aufgaben, Pflichten oder freiwillige Leistungen, dauerhaft leisten könne. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit sei aufgrund der vorgezeigten Entwicklung aktuell nicht gegeben. Insofern stelle sich hier die Frage, wie der Haushalt, damit er genehmigungsfähig sei, gestaltet werden müsse. Eine haushaltslose Zeit habe schwerwiegende Auswirkungen. So könnten grds. keine neuen Planstellenanträge, keine Einstellungen von Personal vorgenommen werden bis hin zu einem Verbot von bestimmten Auftragsvergaben.

Auf Folie acht sind die wesentlichsten Gründe für diese schwierige Finanzsituation dargestellt. Herr Fleckinger verweist hierzu auf die stark abnehmende Finanzierungskraft. Der fehlende Überschuss im Verwaltungshaushalt, verursacht durch deutlich sinkende Steuereinnahmen und u. a. steigende Sach- und Personalkosten. Weiter verweist er auf das stark gewachsene Investitionsvolumen. Auf der Folie neun sei das Thema Gewerbesteuerentwicklung nochmals transparent abgebildet. Hier seien die Unterschiede deutlich sichtbar. Es fehlen bis im Finanzplanungszeitraum bis 2026 im Vergleich zur bisherigen Planung rund 147 Mio. Euro Gewerbesteuer. Die Folie elft zeigt die Personalausgabenentwicklung mit entsprechender Personalquote zum bereinigten Verwaltungshaushalt. Hier sei ersichtlich, dass man sich in einem gleichlaufenden Korridor befinde. Wenn aber das Gesamtvolumen der Haushalte betrachtet werde sei ersichtlich, dass aufgrund der Aufgabenfülle immer wieder Personalanforderungen vorgetragen werden. Die Folie zwölf verweist auf die stets steigenden Zahlungen an die Beteiligungsunternehmen. Herr Fleckinger verweist auf die in den nächsten Wochen und Monaten noch zu erwartenden Wirtschaftspläne der Unternehmen.

Wie bereits angesprochen und so auf der Folie 13 ersichtlich, steigen auch die angemeldeten Anschaffungskosten. Die Referate melden Anschaffungen (Erwerb von Sachen des Anlagevermögens) in erheblichen Millionenbeträgen an. Für das Jahr 2024 liegt eine Anschaffungsliste von über 22 Mio. Euro vor. Dies sei auch der gewählte Ansatz, um in diesem Grundsatzbeschluss und in der Haushaltssperre bei den Anschaffungen etwas auf die Bremse zu treten. Vieles sei gewünscht und auch begründbar, aber aus finanziellen Gründen so nicht mehr leistbar. Auf der Folie 14 sei das hohe Investitionsvolumen in Kürze dargestellt. Auch dies sei ein sehr sportliches Investitionsprogramm, welches seitens der Bauämter umgesetzt werden müsse. Allerdings seien diverse Projekte noch nicht im jetzigen Investitionsprogramm aufgenommen. Auch hier gelte in den nächsten Wochen und Monaten, dem Stadtrat für die Mittelfristplanung ein Konzept vorzulegen. Die Konsequenzen einer hohen Verschuldung werden auf Folie 15 aufgezeigt. Es sei klar, dass die höheren Kreditaufnahmen Zinszahlungen fordern. Den Medien sei zu entnehmen, dass aktuell nur bedingt eine breite Entspannung bei den Baukosten und beim Zinsniveau erfolgt. Bei den Zinsen liege hier zwischen 3,5 und 4,5 Prozent. Herr Fleckinger betont, dass die künftigen Zinszahlungen auch den Verwaltungshaushalt belasten. Die voraussichtlichen Zins- und Tilgungsleistungen seien auf der Folie 16 dargestellt. Der Verwaltungshaushalt müsse zu den zusätzlichen Sach- und Personalausgaben künftig auch noch Zins- und Tilgungsleistungen in einer Höhe bis zu 18 und evtl. 20 Mio. Euro pro Jahr erwirtschaften. Dies Gesamtentwicklung bei den Finanzen habe dazu geführt, dem Stadtrat nun diesen Konsolidierungs- und Grundsatzbeschluss vorzulegen. Aus Sicht der Verwaltung sei die dargestellte Entwicklung derart gravierend, dass unverzüglich Schritte einzuleiten seien. Ein erster Vorschlag in einem Gesamtkonzept sei, diese Defizitleistung im Verwaltungshaushalt von rund 100 Mio. Euro, die nicht mehr aus den vorliegenden Rücklagen generiert werden können, in den nächsten vier Jahren abzubauen. Dies bedeutet, dass der Verwaltungshaushalt mit rund 100 Mio. Euro entlastet werden müsse. In der Grafik seien nochmals die Defizite des Verwaltungshaushalts und der Konsolidierungsbedarf, abzüglich der einzusetzenden Rücklagen ersichtlich. Die Frage sei, wie man diese 100 Mio. Euro vernünftig auf die Fachbereiche der Verwaltung zuordne. Herr Fleckinger verweist auf das Projekt Aufgabenkritik. Der Gedanke sei, dem Stadtrat ein Portfolio mit einem Richtwert von

42 Mio. Euro vorzulegen. Alle von den Referaten in diesem Portfolio vorgeschlagenen oder aufgeführten Aufgaben, freiwillige wie auch Pflichtaufgaben,, sollen den dafür eingesetzten Personal- und Sachressourcen dargestellt werden. Dazu ist für den Stadtrat eine Beschreibung der Auswirkungen bei Verzicht oder eingeschränkter Erfüllung der Aufgabe vorzulegen. Diese Vorschlagsliste sollte dann nach politischer Bewertung und Diskussion durch den Stadtrat beschlossen werden. Dies sei der eine Weg, so Herr Fleckinger.

Herr Fleckinger merkt an, dass das Thema Haushaltssperre sehr sorgfältig abgewogen worden sei. Dies sei ein Einschnitt in eine Bewirtschaftung und in den laufenden Haushalt. . Herr Fleckinger verweist auf die vorgelegte dringliche Anordnung als Anlage dieses Grundsatzbeschlusses. Bitte des Finanzreferenten sei, den Konsolidierungsgrundsatz mit diesen Zielvorgaben zu beschließen. Die Verwaltung sei danach gehalten, zum einen alle Maßnahmen zu treffen und den Haushaltsbeschluss 2024 vorzubereiten. Auf der Folie 22 sei nochmals grafisch aufgezeigt, dass bis Februar ein entsprechender Haushaltsbeschluss vorgelegt werden könne. Die Verwaltung werde mit diesem Grundsatzbeschluss beauftragt, diesen Obstkorb an Möglichkeiten zu entwickeln, diese Ressourceneinsätze personell und sachkostenmäßig und auch mit der entsprechenden Wirkung für die Bevölkerung, Unternehmen und auch der Verwaltung vorzulegen. Somit können vor der Sommerpause die Überlegungen getroffen werden, was umsetzbar sei. Er verweist auf die Zeitabläufe, die vorbereitenden Maßnahmen und auch auf den durch den Oberbürgermeister einberufenen Lenkungskreis. Dies bedürfe eines gewissen zeitlichen Vorlaufs. Ein Gesamtkonzept zur Einsparung der dreimal 30 Mio. Euro könne erst bis zur Sommerpause vorgelegt werden.

Die AfD-Stadtratsfraktion werde diesen notwendigen Grundsatzbeschluss mittragen, so Stadtrat Schülter. Er bemängelt aber, dass sich die Kosten der energetischen Sanierungen, welche in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen, in diesem Grundsatzbeschluss nicht aufgeführt seien. Hierbei handelt es sich um Millionenbeträge. Insofern sei fraglich, wie man ruhigen Gewissens zustimmen solle, wenn mindestens 100 Mio. Euro fehlen.

Die Anmerkung von Stadtrat Schülter sei korrekt, da große Sanierungen derzeit nicht enthalten seien, so Herr Fleckinger. Das Investitionsprogramm enthalte im Wesentlichen noch keine großen Positionen, was die energetische Sanierung von Gebäuden betreffe. Es gebe eine Position im Verwaltungshaushalt, welche den Bauunterhalt anspreche. Hierbei handelt es sich um den Deckungsring 1 mit 10 bis 12 Mio. Euro. Herr Fleckinger betont, über den Stand dessen im nachfolgenden Finanzlagebericht zu berichten. Aufgabe sei in der mittelfristigen Finanzplanung aufzuzeigen, welche Projekte überhaupt begonnen werden können. Aber in den nächsten Jahren könne das Vollprogramm nicht gefahren werden.

Herr Hoffmann informiert, dass derzeit am Investitionsprogramm Bau gearbeitet werde. Hier werden nur die Sanierungen aufgenommen, die absolut unabweisbar seien. Dies könne sein, wenn entweder der Gebäudebetrieb nicht bedient werden könne oder wegen der gesetzlichen Vorgaben. Wobei der zweite Punkt noch nicht so brisant sei. Dies könne alles noch ein bisschen gestreckt werden.

Auch Stadtrat Wittmann habe den Bedarf der energetischen Sanierung der Betriebsgebäude hinterfragt. Weiter geht er auf die Finanzplanung, die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2027 und den Stadtratsbeschluss, dass bis zum Jahr 2030 die Stadtverwaltung klimaneutral sein solle, ein. Er betont, dass diese Vorgaben auf keinen Fall zu erreichen

seien, wenn bis zum Jahr 2027 hierfür keine Mittel eingestellt werden. Man spreche hier über fast 500 Mio. Euro. Stadtrat Wittmann betont, dass hier nichts in der Mittelfristplanung enthalten sei. Insofern müsse man sich nun darüber unterhalten. Denn immer davon auszugehen, dass dies bis zum Jahr 2030 zu schaffen sei, sei nicht korrekt. Es müsse sich überlegt werden, wie damit umgegangen werde. Im Namen der CSU-Stadtratsfraktion gibt Stadtrat Wittmann die weiteren Ausführungen zu Protokoll. Er verweist auf die Einsparvorschläge der Referate. Es solle kein Strauß von möglichen Einsparungen vorgelegt werden, wo sich dann der Stadtrat etwas aussuchen könne. Er betont, dass es hier klare Vorgaben der Referate geben müsse, welche durch den Stadtrat beschlossen werden. Wenn in einem Referat ein Vorschlag keine Mehrheit finde und somit das Einsparziel nicht erreicht werden könne, dann müsse der Referent einen Ersatzvorschlag dem Stadtrat vorlegen, damit man zum Einsparpotential von 100 Mio. Euro komme. Die Einsparungen seien nicht Aufgabe des Stadtrates, sondern die des Oberbürgermeisters und seiner Verwaltung. Diese müssen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Stadtrat Wittmann bittet um getrennte Abstimmung, weil seine Fraktion die 350 Mio. Euro als Perspektive in der Verschuldung so nicht akzeptieren wolle. Wenn heute im Grundsatzbeschluss 350 Mio. Euro als Perspektive für die Verschuldung in den nächsten vier Jahren beschlossen werden, dann gehe man von diesem Rahmen in der Finanzplanung weiter aus. Stadtrat Wittmann sei der Meinung, dass diese 350 Mio. Euro zu einer so horrenden Verschuldung der Stadt führen würde, die nicht vertretbar sei, zumal ein großer Teil der dringenden anstehenden Investitionen noch gar nicht vorhanden sei. Stadtrat Wittmann verweist auf die vorgelegte Liste und verweist hierzu auf die Generalsanierung des Klinikums. Die aufgeführten Beträge werden nicht annähernd reichen, um die Generalsanierung so voranzutreiben, dass man in ca. zwölf Jahren fertig sei. Denn der Anteil liege zwischen 300 und 400 Mio. Euro. Stadtrat Wittmann bittet um getrennte Abstimmung der Ziffern eins, zwei und drei zum Grundsatzbeschluss. Er weist darauf hin, dass dies auch im Stadtrat so vorgenommen werden solle.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass dem Stadtrat ein ganz konkreter Vorschlag unterbreitet werde. Das aufgezeigte Vorgehen zeige, wie die Verwaltung arbeite. Es sei klar, dass mehr Potential ermittelt, als tatsächlich eingespart werden müsse. Der Stadtrat erwarte zurecht einen konkreten Vorschlag der Verwaltung, wo dieser sagen könne, ob er mitgehe oder einen Alternativvorschlag fordere. Dabei verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die Potentialanalyse. Zur Höhe der Verschuldung weist er darauf hin, dass es diesen Beschluss nicht benötige. Wenn es weniger werde, und das sei auch die Erwartung des Oberbürgermeisters, wenn sich die Konjunktur erhole und sich die Situation im Automobilbereich entspanne, hoffe er deutlich darunter zu liegen. Dies sei nur deswegen reingenommen worden um aufzuzeigen, wenn nichts unternommen werde, wo man dann lande, denn deutlich über 400 Mio. Euro. Es sei einfach der Versuch, mit einer gegriffenen Zahl das Ganze schnellstmöglich einzudämmen und die Verschuldung möglichst gering zu halten. Dies sei natürlich nicht in Stein gemeißelt. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei dies auch zu viel. Weiter verweist er auf die Verschuldungszahlen anderer bayerischer Großstädte, die schon längst in der Verschuldung seien. Bei Betrachtung dieser Zahlen, gehe es Ingolstadt sehr gut. Selbst bei den 350 Mio. Euro im Vergleich zum Gesamtvolumen des Haushalts, sei dies durchaus noch eine vertretbare Summe. Gleichwohl jeder Euro der in der Verschuldung vermieden werden könne sei es wert, dass man daran arbeite und Einsparungen treffe. Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe nichts gegen eine getrennte Abstimmung.

Stadtrat Stachel geht auf die Beschlussvorlage ein. Die Ziffer eins sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, dass dies bekannt gegeben werde. Bei den strategischen Zielen, welche in der Ziffer zwei aufgeführt seien, glaube er, dass es ganz wichtig sei, dass mit den geplanten Einsparungen rechtzeitig, bzw. frühzeitig begonnen werde. Es werde so sein, dass die ersten Einsparungen, auf die sich der Stadtrat wahrscheinlich schnellstmöglich einigen könne, am schnellsten greifen werden. Stadtrat Stachel stellt den Antrag, dass ab dem

kommenden Jahr nicht mit 10 Mio. Euro gestartet, sondern deutlich anders herangegangen werde. Stadtrat Stachel betont, dass man vier Jahre Zeit habe, um 100 Mio. Euro einzusparen. Insofern sei eine gewisse Verteilung von 25 Prozent pro Jahr durchaus erstrebenswert. Die ersten 25 Prozent werden mit Sicherheit die einfachsten sein. Daher solle bereits im Jahr 2024 richtig eingestiegen werden. Weiter verweist er auf die Ziffer vier des Antrags, dass Anträge und Beschlussvorlagen mit Finanzierungsvorschlägen zu hinterlegen seien. Dies sei für Stadtrat Stachel eine Selbstverständlichkeit, wie auch die Ziffer fünf. Dies sei täglich Brot des Stadtrates, Dinge zu beschließen und sich darüber Gedanken zu machen, welche Auswirkungen diese in Zukunft haben. Grundsätzlich werde in der Beschlussvorlage beschrieben, dass die Probleme auf der Ein – und auf der Ausgabenseite liegen. Dies sei mit Sicherheit richtig, aber man sollte sich im Klaren sein, dass der Hebel mit Sicherheit nicht groß sei. Der Stadtrat müsse vor allen Dingen seine Hausaufgabe machen und dies sei auch die Betrachtung der Ausgabenseite. Stadtrat Stachel warne ausdrücklich vor höheren Steuersätzen und lehne dies definitiv dauerhaft ab. Die Kuh könne nur bis zu einem gewissen Grad gemolken werden, wenn man dies übertreibe, sei die Kuh weg. Die Investitionen der Firmen seien derzeit heiß begehrt und man befinde sich in einem Konkurrenzkampf mit anderen Kommunen, die ähnliche Probleme haben. Auch diese gieren darauf Arbeitsplätze zu sichern und Investoren an Land zu ziehen. Es sei nicht korrekt, sich kurzfristig ein paar Euro zu versprechen und langfristig damit leben zu müssen, dass Investitionen in anderen Gemeinden vollzogen werden. Zu den 350 Mio. Euro verstehe Stadtrat Stachel das Ansinnen, dass hier eine Grenze gezogen werden solle. Er betont aber ausdrücklich, dass es sich hier um eine Richtschnur handelt und man möglichst weit unterhalb der Grenze bleiben solle. Wenn dies so verstanden werde, könne Stadtrat Stachel dies so akzeptieren. Wenn dies allerdings als Freibrief für die Zukunft verstanden werde, akzeptiere er dies nicht.

Die 350 Mio. Euro seien das Ergebnis der fortgeschriebenen Investitionsplanung, der dringend notwendigen Investitionen aus dem Haushaltsbeschluss 22 für das Jahr 23 des Nachtragshaushalts und einiger Sonderpositionen, so der Finanzreferent. Jetzt zu sagen, man nehme nur 250 Mio. Euro, dann sei das Investitionsprogramm, welches 2024 vorgelegt werde, deutlich eingeschränkt. Herr Fleckinger verweist auf die bunte Liste, welche vor der Sommerpause übermittelt worden sei. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Schulbauprojekte, Kitaprojekte, wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Containeranlagen für Auslagerungen. Weiter verweist er auf die energetischen Sanierungen, welche bei Einplanung deutlich über diesen 350 Mio. Euro liegen. Es brauche eine kritische Beratung des Investitionsprogramms und der Projekte, die dem Stadtrat bekannt seien. Herr Fleckinger verweist auf die Kostensteigerungen in vielen Bereichen, Sanktionen bei manchen Gewerken und Projekte wie Brückensanierungen und dergleichen. Auch im Schulbau kommen Mehrkosten hinzu. Zu sagen, hier stimmen wir nicht mit, könne man tun, aber in der Sache komme man dann nicht weiter. Insofern sei die Formulierung mit max. 350 Mio. Euro vorsichtig gewählt. Es sei kein Zusatzbedarf eingestellt, denn es handelt sich um die jetzt anstehenden dringenden Investitionen. Herr Fleckinger sei nicht ganz der Meinung des Herrn Stadtrat Stachel im Hinblick auf die Einsparungen im ersten Anschubjahr 24. Herr Fleckinger betont, dass man seit Monaten im Auftrag des Oberbürgermeisters daran arbeite, Potentiale zu ermitteln und zugleich den Haushalt 2024 vorbereite. Herr Fleckinger habe bereits bei der Mittelmeldung ein Delta von Minus 10 Mio. Euro, welches eingespart werden müsse. Weitere Millionen seien wieder in der Potenzialanalyse fällig und gefordert. Der Finanzreferent betont, dass er seitens der Ämter harsch angegangen werde, was überhaupt noch zu leisten sei, weil man mit dem vorgegebenen Planansätzen kaum hinkomme. Insofern sehe er es mehr als problematisch und umsetzbar, nun auf 25 Mio. Euro im Jahr 2024 hochzufahren. Herr Fleckinger sichert zu, alles Mögliche zu tun, was mit den Referaten verhandelbar sei. Es müsse aber hier mit Augenmaß herangegangen werden. Die nächsten Beschlussfassungen kommen dann aus den Beteiligungen mit Verschiebungen. Es stelle sich die Frage, wie dies dann funktionieren solle. Herr Fleckinger sei auch für eine stringente

Hand, aber es müsse realistisch und umsetzbar bleiben und auch in der politischen Diskussion tragfähig sein. Der Finanzreferent betont, diese Aufgabe im Auftrag des Stadtrates zu erfüllen, aber es müssen auch die Probleme gesehen werden, die man damit habe.

Die Konsolidierung gehe Stadtrat De Lapuente schon etwas zu weit, wenn man sich Steuermehreinnahmen nicht vorstellen könne. Er glaube, es solle jeder Stein umgedreht werden. Aber soweit sei man eigentlich noch nicht, denn man sei in der Beschlussfassung, in welchem Rahmen der Stadtrat die Verwaltung damit beauftrage. Die Antwort sei, dass sicherlich Beschlüsse, die in den letzten zwei Jahren gefasst worden sind, nochmals auf den Prüfstand in der Konsolidierung stehen und diese wieder aufgerufen werden müssen. Die Kunst dabei sei keine Vollbremsung zu schaffen, sondern zu versuchen, alles Notwendige zu tun, damit die Kommune vielleicht mit einem blauen Auge davonkomme. Die Stadt habe schon mehrmals bewiesen, dass die Wirtschaft nicht zum Erliegen komme. Dabei verweist er auf die Energiekrise und Corona. Ingolstadt habe wirtschaftlich gute Rahmenbedingungen. Vielen Unternehmen gehe es gut und es sei zu hoffen, dass diese auch in den nächsten zwei, drei Jahren viel Gewerbesteuer bezahlen. Somit könne der Haushalt bei der Einnahmeseite auch wieder repariert werden. Reparieren müsse man aber auch auf der Ausgabenseite, so Stadtrat De Lapuente. Ihm sei bewusst, dass dies sicherlich mit vielen Diskussionen im Stadtrat verbunden sei. Für die vorgelegten Vorschläge der Verwaltung, trage die Verantwortung der Stadtrat, ob dies getan, verschoben oder gar gestrichen werde. Dies werde keine leichte Zeit für den Stadtrat. Stadtrat De Lapuente betont, dass seine Fraktion mit der vorliegenden Beschlussvorlage mitgehe und guten Mutes sei, in den nächsten Monaten für das Jahr 2024 die 10 Mio. Euro und für die kommenden bis zu 100 Mio. Euro einzusparen. Er sichert zu, dass die SPD-Stadtratsfraktion ihr Bestes tun werde und sich stets mit einbringe. Stadtrat De Lapuente glaube, dass die Fraktionen auch Ideen mit einbringen könne, welche die Verwaltung nicht bedenke.

Stadtrat Wittmann betont, dass er seit Jahren auf das Problem des Verwaltungshaushaltes hinweise. Dies komme nicht von ungefähr. Über die Ausführungen von Stadtrat De Lapuente zeigt er sich erfreut, denn dies gehe in die richtige Richtung. Stadtrat Wittmann gehe davon aus, dass es beim größten Steuerzahler, dem VW-Konzern, in den nächsten Jahren wieder besser laufe, was die Gewerbesteuer anbelange, weil der Konzern Milliarden Gewinne schreibe. Stadtrat Wittmann wolle schon deutlich darauf hinweisen, dass nur zur Finanzierung der Verwaltung in den nächsten vier Jahren 290 Mio. Euro fehlen. Hier seien noch keine Investitionen dabei. Die CSU-Stadtratsfraktion werde konstruktiv mitarbeiten und mithelfen, hier ein Sparziel zu erreichen, wengleich Stadtrat Wittmann aufgrund seiner Erfahrung große Sorgen habe, ob die 100 Mio. Euro annähernd zu erreichen seien. Seine Fraktion werde ihren Beitrag immer zum Wohle der Bürger dazu leisten. Dies könne nicht heißen, eine Verschuldung von mehreren 100 Mio. Euro, sondern hier müsse mit Augenmaß herangegangen werden. Vielleicht habe man sich in der Vergangenheit, gerade im freiwilligen Bereich zu viel geleistet. Es stehe außer Frage, dass es immer schön sei, wenn neue Stellen beschlossen werden, aber dies müsse auch bezahlt werden. Auf Dauer könne aber nicht mehr Geld ausgegeben werden, als im Portmonee sei. Dies sei eine uralte, wenn auch bittere Erkenntnis und an dieser müsse man sich orientieren. Nur so werde man das Problem in den Griff bekommen. Derzeit werde die Mittelfristplanung aller Investitionen, die die Stadt tätige, ausnahmslos mit Krediten finanziert. Es komme nicht von ungefähr, dass die Regierung von Oberbayern sage, dass sie ausnahmsweise die Rücklagenentnahme für die Finanzierung der Verwaltung für die nächsten zwei Jahre genehmige, was einen Ausnahmetatbestand darstelle. Diese genehmigt dies, weil die Stadt Ingolstadt seit vielen Jahren und Jahrzehnten eine solide Finanzpolitik betreibe. Dies sei ein großes Entgegenkommen der Regierung von Oberbayern. Ob dies nach drei Jahren, wenn die

Rechnung nicht aufgehe, weiter so sein werde, sei fraglich. In diese Situation wolle Stadtrat Wittmann Ingolstadt nicht bringen. Er verweist nochmals auf die Unterstützung seiner Fraktion die Konsolidierung betreffend. Vernünftige und zielführende Beschlüsse zum Wohle der Bürgerinnen dieser Stadt könne er zusagen. Er könne nicht alles was vorgeschlagen werde eins zu eins mittragen. Dies könne keine Fraktion. Aber die CSU-Stadtratsfraktion werde ihren Beitrag dazu leisten, damit man in zwei, drei Jahren wieder in die Nähe eines ausgeglichenen Verwaltungshaushalts komme, um in Zukunft wieder Investitionen tätigen zu können. Weiter merkt Stadtrat Wittmann an, dass die bis zu 20 Mio. Euro Zins und Tilgung zu Lasten des Verwaltungshaushalts gehen. Dies bedeutet, dass sich die Schuldenspirale immer schneller drehe, je mehr Kredite aufgenommen werden. Stadtrat Wittmann betont, dass er wisse wovon er spreche, denn er habe 16 Jahre hart, mit Unterstützung des Stadtrates gearbeitet, um die Stadt schuldenfrei zu machen. Dies sei nicht einfach und er erkenne an, dass die Zeiten derzeit anders seien. Er betont aber zugleich, dass es auch früher schon schwierige Zeiten gegeben habe. In diesen Zeiten müsse man gemeinsam arbeiten, um für die Stadt das Beste rauszuholen. Aber einen Grundsatzbeschluss mit 350 Mio. Euro Kreditaufnahme könne und wolle seine Fraktion nicht mittragen. Stadtrat Wittmann sei mit dem Vorschlag von Oberbürgermeister Dr. Scharpf einverstanden, dass dies nicht benötigt werde. Denn alle aufzunehmenden Kredite werden sowieso nochmals zur Beschlussfassung vorgelegt. Ob dies dann im Grundsatzbeschluss aufgeführt sei, spiele nach den Worten von Stadtrat Wittmann keine Rolle.

Bei Beschluss des Haushalts sei Bestandteil der Anlage die Mittelfristplanung, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Wenn dies Konsens sei, dass dies nicht benötigt werde, dann könne dies aus der Beschlussfassung gestrichen werden.

Stadtrat Schäuble verweist auf den Haushalt der Töchter und die Ausführungen seines Stadtratskollegen Wittmann zur Sanierung des Klinikums. Hier bleibe noch zu berücksichtigen, dass in der Planung noch erhebliche Kosten hinzukommen werden. Stadtrat Schäuble glaube, dass es durchaus sinnvoll sei, dass die Verwaltung sich überlege, nochmals eine Mittelfristplanung, welche die Tochterunternehmen inkludiere, explizit ausweise. Somit erhalte man einen Überblick über die gesamten Finanzströme, nicht nur von dem städtischen Haushalt, sondern auch über die auszugleichenden Defizite, die es logischerweise in diesem Jahr geben werde. Stadtrat Schäuble glaube, dass die Kosten teilweise, aber nicht im erwartenden Umfang beinhaltet seien.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass die Mittelfristplanung sehr konservativ berechnet worden sei. Man habe tatsächlich für jedes Jahr dasselbe Defizit, mit dem man zu kämpfen habe, bei der Fortschreibung des Klinikums. Die Hoffnung in der Erwartung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei, dass dies nicht so weitergehe. Er hoffe hierbei auf die Krankenhausreform, die für Krankenhäuser in der Größenordnung wie das Klinikum vorteilhaft sei. Aber hier sei man sehr konservativ unterwegs gewesen und die Investitionen seien jedes Jahr in höheren Millionenbeträgen aufgeführt. Von daher glaube Oberbürgermeister Dr. Scharpf, sei dies schon realistisch und sogar eher konservativ.

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN könne diesen Grundsatzbeschluss so mittragen, weil dies ein Signal für die Bürgerschaft sei, so Stadtrat Höbusch. Die Zeiten seien in diesen kommenden Jahren schwierig und die Verwaltung und der Stadtrat müssten gemeinsam daran arbeiten, diese Situation zu überwinden. Stadtrat Höbusch verweist auf

die letzte Wahlperiode, in der auch schon ein Konsolidierungsrat eingesetzt war. Hierbei sei ihm der Ausdruck „Auf Sicht fahren“ in Erinnerung. Jetzt sei man mehr als auf Sicht gefahren, sogar auf Weitsicht, weil auch Zukunftsrisiken transparent dargelegt werden. Stadtrat Höbusch halte es für fatal, einzelne Punkte aufzugreifen, nicht zuzustimmen und mit sehr Adjektiv lastigen Wortbeiträgen zu agieren. Letztendlich sei er sich sicher, und dies habe auch Oberbürgermeister Dr. Scharpf angemerkt, dass die Verwaltung ganz hart daran arbeite, Kosten einzusparen. Der Stadtrat habe letzten Endes die Entscheidung, auch Alternativvorschläge zu treffen, welche zwingend notwendig und welche der Bürgerschaft zugemutet werden können. Dann liege es aber auch in der Verantwortung des Stadtrates, dieses Volumen von 100 Mio. Euro zu beschließen und zur Sicherung des Haushalts umzusetzen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf zwei Dinge. Sie habe die Vorschläge der Referenten gesichtet und betont, dass diese relativ massive Einschränkungen vorsehen. In der Referentenrunde sei bekannt, dass es hier diesen Einschnitt brauche und dies aufbereitet und auf die Jahre verteilt werde. Es sei keine Vergnügungssteuer, flexible Tätigkeiten, die man eigentlich für sinnvoll und notwendig erachtet, nur weil es sich um freiwillige Leistungen handelt. Hier zu sagen, man stelle diese zur Disposition sei eine andere Frage. Weiter geht Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll auf die Beteiligungen ein und verweist auf eine Beschlussvorlage zum Stadtrat, wie den Wirtschaftsplan der SWI Freizeitanlagen und der Verkehrsbetriebe. Diese Zahlen werden nicht unbedingt zum Jubel Anlass geben. Die SWI Freizeitanlagen seien bereits in die Konsolidierung eingestiegen und die Mittel seien moderat für das erste Jahr gekürzt worden. Dem Geschäftsführer sei auferlegt, hier nochmals Einsparpotentiale aufzuzeigen. Dies sei ein teilweise auch schmerzhafter Prozess und Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaube, dass man nicht drumherum komme, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Sie hoffe auf einen möglichst breiten Rückhalt aus dem Stadtrat.

Stadtrat De Lapuente verweist auf die Ausführungen von Stadtrat Wittmann, dass die Verwaltung 290 Mio. Euro koste. Dies sei natürlich der Verwaltungshaushalt und dazu gehören nicht nur die Schreibkräfte, sondern hier seien auch u. a. die Schulen und Kitas mit beinhaltet. Es stecke aber hier nicht nur ein bisschen Rathaus drinnen, sondern die ganze Infrastruktur und die Pflichtaufgaben einer Stadt. Das Wort Verwaltung könne irreführend, aber vielleicht auch bewusst von Stadtrat Wittmann gewählt sein.

Nun sei man in der Nachtphase, welche Ingolstadt öfter erlebe. Dies sei nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf nichts Neues, denn im Jahr 15,16 und auch in den Jahren 04 und 05 und sogar 93 und 94 habe es solche Zeiten gegeben. Auch hier sei der Automobilhersteller plötzlich auf Null gegangen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe den Eindruck, dass es die Stadt alle zehn Jahre treffe und dann die notwendigen Schritte eingeleitet werden, um dann wieder bessere Zeiten zu erleben. Derzeit betreffe Ingolstadt eine allgemeine Lage der Kommunen in Deutschland. Die kommunalen Spitzenverbände berichten permanent im Monatsrhythmus, dass die kommunalen Haushalte in Schieflage geraten, dass für das laufende Jahr den Kommunen in Deutschland 6,4 Milliarden Euro fehlen, dass für das nächste Jahr 10 Milliarden Euro Defizite prognostiziert werden. Dies sei schon die Kommunalfinanzien betreffend besorgniserregend. Der Präsident des Deutschen Städtetages befürchte eine dauerhafte Schieflage. Hier sei der Appell des Oberbürgermeisters eine genaue Betrachtung auch durch den Bund und der Länder. Die Finanzierung der Kommune müsse auf sichere oder bessere Beine gestellt werden. Sonst werde dies auf Dauer nicht umgehen. Weiter verweist er auf die völlig unstrittige

Schulfinanzierung. Nur bei Betrachtung, dass früher eine Schule für 15 Mio. Euro erbaut worden sei, liege dies heute bei bis zu 50 Mio. Euro. Dieses Geld müsse man ja irgendwo herbekommen. Wenn die Einnahmen nicht in den gleichen Ausmaßen steigen, wie die Investitionen teurer geworden sind, dann funktioniere dies nicht. Dasselbe gelte bei der Wohngeldreform, welche Oberbürgermeister Dr. Scharpf politisch absolut unterstütze. Aber es müsse für die Bewältigung dessen etliches Personal eingestellt werden und die Kommune erhalte keine Unterstützung. Auch die Bezuschussung der I-Pads durch den Freistaat sei wunderbar. Die Administration laufe aber über die Mitarbeiter der Verwaltung, welche von der Kommune bezahlt werden. An Stadtrat Wittmann gewandt merkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dass man in den letzten Jahren auch mit den Mehrkosten aus Projekten der vergangenen Legislaturen kämpfe. Dabei verweist er auf die Donautherme. Er betont aber, dass er voll dahinterstehe. Dies haben alle mitgetragen, aber es waren 22 Mio. Euro Mehrkosten auf einen Schlag, wie auch beim Kongresszentrum 21 Mio. Euro Mehrkosten oder 12 Mio. Euro Defizit bei der Landesgartenschau. Hier läppere sich einiges zusammen und deswegen glaube Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass Sparen angesagt sei. Er betont aber zugleich, dass Schulen und Kitas weiter gebaut und saniert werden. Dazu sei Ingolstadt als Wirtschaftsstandort verpflichtet. Ingolstadt müsse ein starker Wirtschaftsstandort und nach außen konkurrenzfähig bleiben. Deswegen müsse weiter investiert werden. Aber Ingolstadt könne sich nicht alles leisten. Oberbürgermeister Dr. Scharpf glaube, hier die Bevölkerung mitzunehmen und um Verständnis zu werben. Dabei bittet er um Verständnis bei den Bezirksausschüssen und den Bürgerversammlungen. Ingolstadt gehe es nicht schlecht und die Stadt stehe gut da, aber es müsse jetzt die Notwendigkeit des Sparens gesehen werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, die Ziffer Zwei, Punkt drei des Antrags zu streichen, weil es diese Deckelung nicht brauche.

Stadtrat Stachel verweist nochmals auf seinen gestellten Antrag, dass im Jahr 2024 bereits mehr als 10 Mio. eingespart werde. Weiter weist er darauf hin, bei den Beschlussfassungen schneller zu agieren.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass man dies für den Haushalt 24 in der Intensität nicht hinbekommen werde.

Stadtrat Wittmann unterstütze den Vorschlag seines Stadtratskollegen Stachel, mehr als 10 Mio. Euro im Jahr 2024 anzustreben. Es sei bekannt, dass Anfangseinsparungen wesentlich leichter zu erreichen seien, als zum Schluss wo es immer enger werde. Es sei ja nicht so, dass man bereits zum Schluss des Haushalts 2024 alles komplett auflisten müsse, was die 20 Mio. Euro anbelange. Aber die Zielsetzung sei, dass im Laufe des Jahres 2024, wo man sich ständig mit Einsparungen beschäftigen müsse, 20 Mio. Euro angestrebt werden.

Die Überlegungen der Verwaltung sollen quasi verdoppelt werden, so Stadtrat Höbusch an seine Vorredner. Wenn dies beschlossen werde, woran er gelinde Zweifel hege, werde der Stadtrat daran gemessen. Seines Erachtens werde die Verwaltung dadurch geknebelt.

Stadtrat Lange merkt an, dass er mit dieser Haushaltssperre unglücklich sei. Aber nun zu sagen, dass für 2024 10 Mio. Euro die oberste Möglichkeit sei, Einsparungen noch

vorzusehen, sei er bei seinem Stadtratskollegen Stachel. Wenn schon eine Haushaltssperre elf Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses aufgerufen werde, dann sollte man sich für das Jahr 2024 mehr Mühe geben. Deswegen unterstütze er den Antrag von Stadtrat Stachel, dass es mehr als 10 Mio. Euro Einsparungen im Jahr 2024 sein müssen.

Bei der Haushaltssperre bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf um Verständnis und verweist auf das Phänomen des Dezemberfiebers. Er wollte ein Oktoberfieber vermeiden und deswegen sei die Haushaltssperre relativ zügig erfolgt. Vorschlag zur Güte sei, mindestens 10 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich ja nur um den Grundsatzbeschluss wo eine Richtung vorgegeben werde.

Stadtrat Stachel schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur Stadtratssitzung eine höhere Zahl vorlege.

Der Vorschlag der Verwaltung liege bei 10 Mio. Euro, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Diese 10 Mio. Euro seien nichts, so Stadtrat Wittmann. Wenn, dann müsse man 20 Mio. Euro anstreben. Aber es sollte gemeinsam der Stadtrat und die Verwaltung alles tun, möglichst einen vernünftigen ersten Schritt zustande zu bringen, welcher weiterhelfe.

Dies sei in diesem Fall nicht so einfach, weil die Beteiligungen die Defizite ausgeglichen haben und sozusagen hinterherhinken, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Die Wirtschaftspläne treffen den nächsten Haushalt. Diese können im Nachgang gekürzt werden. Im nächsten Jahr falle das Wirtschaftsjahr und der Haushalt auseinander. Deswegen gebe es eine feste Größe, welche jetzt nicht beeinflusst werden könne, weil die Wirtschaftspläne aufgestellt seien. Insofern sei der Spielraum für das Jahr 2024 begrenzt. Daher komme auch dieser Vorschlag. Wenn man mehr Potential gesehen hätte, wäre dies auch vorgeschlagen worden.

Stadtrat Schäuble regt an, nochmals Gespräche zu führen und diesen Punkt in den Stadtrat zu vertagen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist die Beschlussvorlage zur Beschlussfassung in den Stadtrat.

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.